

MARCHFELD

Bau der S8: „Bitte warten“ - Ministerin versteckt sich hinter den Gerichten!

Die Befürworter der S 8 Marchfeld-Schnellstraße müssen sich weiter in Geduld üben. Anfang 2014 beschloss der Gänserndorfer Gemeinderat bezüglich des Straßenbauprojekts eine Resolution, die an Bund und Land erging. Wie den Antworten der beiden Instanzen zu entnehmen ist, liegen dem Bau der S 8 einige zeitverzögernde Hürden zugrunde:

LH Erwin Pröll tröstet mit seinem weiteren Einsatz für den möglichst baldigen Baubeginn. Leider hätten sich „...die erforderlichen Genehmigungsverfahren durch das Verkehrsministerium in unerwartetem Maße verzögert, was auch mit der immer noch offenen UVP-Genehmigung für die Lobauquerung zusammenhängen dürfte“, so die Mitteilung des LH.

Verkehrsministerin Doris Bures

„stöhnt“ in ihrem Schreiben an die Stadt unter der zunehmenden Last der komplexeren Gestaltung der Rahmenbedingungen und den daraus resultierend aufwändigeren Genehmigungsverfahren. „Es ist damit zu rechnen, dass sich die Zeitpläne laufender Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahren verschieben“, sagt Bures. Im Klartext: „Es müssen immer wieder aktuelle Entscheidungen und Erkenntnisse der Rechtsprechung in laufenden Verfahren berücksichtigt und gegebenenfalls erforderliche Projektanpassungen vorgenommen werden“, so die Bundesministerin.

Auch eine neue Lärmschutzverordnung für Bundesstraßen müsse vom bmvit noch schnell „aus dem Boden gestampft“ werden, um die Planungssicherheit für

hochrangige Straßenbauprojekte im öffentlichen Interesse wieder herzustellen.

Derzeit seien auch laut Bures „... die Auswirkungen der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit schwer einschätzbar, weil für Bundesstraßenprojekte erstmals die Möglichkeit eines zusätzlichen Instanzenzuges geschaffen wurde“. Somit sei es „aufgrund dieser geänderten Voraussetzungen nicht möglich, Aussagen zu konkreten Baubeginnterminen zu treffen“,

heißt es im bmvit-Schreiben. Bgm. Kurt Burghardt „interpretierte“ der RUNDschau gegenüber die beiden Antwortschreiben als Folge auf die Anfang des Jahres an Bund und Land gerichtete Resolution kurz und bündig: „Bund und Land sprechen sich FÜR den S 8-Bau aus. Es ist eine neue Gerichtsbarkeit eingezogen, so dass die UVP nochmals geprüft wird“. Laut Vzbgm. Josef Daubeck werde sich das Projekt wohl um ein bis zwei Jahre verschieben.